

## **Halbzeit der Rathauskoalition - Arge Freie München zieht Bilanz**

München, den 14. Juli 2017

### **Statement Bereich Verwaltung:**

**Olga Albrandt, Leiterin der Sozialabteilung der Israelitischen Kultusgemeinde München und Oberbayern**

#### **Die Wohlfahrtsverbände begrüßen das Vorhaben, die Verwaltung zu optimieren.**

Die Vereinfachung der Verwaltungsvorgänge ist dabei ein Ziel und ein Weg, um den Anforderungen der zeitgemäßen Verwaltung und zugleich des kommunalen Dienstleisters gerecht zu werden.

Die Wohlfahrtsverbände sind als bewährte Partner der Stadt im Sinne des Subsidiaritätsgedankens tätig und tragen gerne die gemeinsame Verantwortung mit dem öffentlichen Träger zum Wohle der Bürgerinnen und Bürger dieser Stadt.

Die regelmäßigen Gespräche der ARGE Freie mit dem Oberbürgermeister Dieter Reiter sowie mit der 3. Bürgermeisterin Christine Strobl tragen zur gemeinsamen Gestaltung der Sozialpolitik in dieser Stadt und der Optimierung des Verwaltungshandelns bei.

Mit Einführung **des SOWON im Bereich des Sozialreferates wurde die Vergabe der Sozialwohnungen** optimiert.

Die Vergabe sollte damit schneller und transparenter werden. Die positiven Effekte sind zu begrüßen, wenn gleich das Programm noch einige Anfangsschwierigkeiten aufzeigt.

1

Während der Phase außergewöhnlich großen Zuzugs aus dem Ausland in den Jahren 2015/2016 hat die Münchner Stadtverwaltung gemeinsam mit der Regierung von Oberbayern, aber auch vor allem mit den Wohlfahrtsverbänden einen enormen Kraftakt gestemmt.

Verwaltungsabläufe, Kommunikation und Schnittstellenmanagement konnten so optimiert werden, dass in kürzester Zeit Hunderttausende, die als Flüchtlinge eingereist waren, untergebracht, versorgt und betreut wurden.

#### **Die positiven Erfahrungen aus dieser Zeit sollten in das Alltagshandeln der Verwaltung implementiert werden.**

Nach langen Jahren der Verhandlungen mit Politik und Verwaltung ist die Anerkennung der Belastungen der freien Träger durch die hohen internen Verwaltungskosten gelungen. Die längst fällige Erhöhung der Pauschale der **zentralen Verwaltungskosten** auf 7,5 bzw. 9,5 % wird ausdrücklich begrüßt.

Die konkrete Umsetzung bedarf noch der Nachsteuerung, um höheren Verwaltungsaufwand zu vermeiden.



## **Halbzeit der Rathauskoalition - Arge Freie München zieht Bilanz**

Die Intentionen des neuen Haushaltsverfahrens sind positiv zu bewerten. Die tatsächlichen Folgen und die zusätzlichen Belastungen bei den Fristen durch das veränderte Verfahren sind noch nicht absehbar und können frühestens nach den Erfahrungen dieses (Einführungs-)Jahres

(2017) erfasst werden. Ziel des neuen Verfahrens muss es sein, dass die Träger schnellstmöglich, so wie vorgesehen, zum 01.01. des jeweiligen Jahres **rechtsgültige, verbindliche Bescheide erhalten und zugleich eine unterjährige Nachsteuerung** möglich ist.

Grundsätzlich ist **die Beteiligung der Wohlfahrtsverbände bei wesentlichen organisatorischen und inhaltlichen Veränderungen in der Stadtverwaltung von zentraler Bedeutung**, insbesondere dann, wenn auch deren Dienstleistungen für die Bürgerinnen und Bürger betroffen sind.

Die bestehende Gremienlandschaft bietet hierfür eine gute Basis. Dabei ist darauf zu achten, dass der KJHA als Fachgremium in seiner Kompetenz – wie gesetzlich vorgesehen – auch tatsächlich wahrgenommen wird.

Die Wohlfahrtsverbände begrüßen überdies die aufwändige Organisationsuntersuchung im Sozialreferat und die vorgeschlagenen Organisationsveränderungen. An dem bevorstehenden Veränderungsprozess müssen die Verbände dort, wo sie tangiert sind, beteiligt werden.

2

Als positives Beispiel ist die Beteiligung der Wohlfahrtsverbände beim Gesamtkonzept „Münchner Altenhilfe“ zu nennen.

Im Zusammenhang mit der **Verwaltungsoptimierung ist auch die referatsübergreifende Arbeitsgruppe „Zuschusswesen“** zu begrüßen. Allerdings zeigt sich bei dieser Arbeitsgruppe, wie unterschiedlich die einzelnen Referate arbeiten.

Eine gemeinsame Lösung hinsichtlich eines einheitlichen städtischen Verwaltungshandelns wird oft nicht erreicht.

Dem stehen spezifische Einzelinteressen der Referate entgegen, wodurch ein Nachbesserungsbedarf deutlich wird. Die Zuschussbearbeitung ist so zu optimieren, dass das Zuschusswesen möglichst einheitlich und transparent gestaltet wird. Das alle Bereiche tangierende Erfordernis der Revisionssicherheit – deren Relevanz unumstritten ist – sollte trotz aller Berechtigung nötiges Verwaltungshandeln nicht behindern.

Dort, wo freie und öffentliche Träger gleiche Einrichtungen betreiben, wie z.B. bei den Hilfen zur Erziehung oder Kinderbetreuung sollte **ausreichend Transparenz geschaffen werden, um identische Ausgangsbedingungen zu gewährleisten**.